

Von neuen Büchern

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **4 (1949)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Von neuen Büchern

Die Schweiz im bedrohten Europa

Im Jahrbuch der «Neuen Helvetischen Gesellschaft» «Die Schweiz» für das Jahr 1949 setzt sich Prof. Dr. Werner Kägi von der Universität Zürich mit der Lage der Schweiz im bedrohten Europa auseinander. Wir glauben, dass seine Gedanken auch die Freunde der «Vierteljahrsschrift für Kultur und Politik» interessieren werden und lassen deshalb einen ersten Teil seiner Betrachtung folgen.

Um die Grösse und Dringlichkeit der Aufgabe richtig zu ermessen, muss man die radikale Bedrohung unseres Kontinentes klar erkennen. Die Sprache der Tatsachen ist eindeutig. Aber viele wollen die Lage nicht so sehen, wie sie ist. Gerade die friedliebenden Völker können — kaum drei Jahre nach dem zweiten Weltkrieg — einfach nicht daran glauben, dass so etwas wieder geplant sein sollte. Unsere Neutralität und die zweimalige Bewahrung nähren bei manchen gefährliche Illusionen; die Hochkonjunktur aber bewirkt falsche Beruhigung.

Es geht hier nicht darum, irgendeine panikartige Beunruhigung zu schaffen. Aber jener Optimismus, der die Befürchtungen einfach verdrängt, genügt im heutigen Europa auch nicht mehr. Wir benötigen eine Festigkeit, die in voller Kenntnis der Gefahren durchhält.

Wir leben in einem Kontinent, der seine jahrhundertealte Vormachtstellung eingebüsst hat und nun zum Kampffeld der neuen Imperialismen geworden ist. Ein *weltweiter Kreuzzug der Ideologien* hat *eingesetzt*. Der grösste Machtkampf der Weltgeschichte ist im Gange. Das Ziel einer freiheitlich-föderativen Ordnung der Welt ist in die weite Ferne gerückt; selbst der bescheidene erste Ansatz in der Form der hegemonialen Ordnung der «Vereinigten Nationen» droht wieder zu verfallen. Das Schwergewicht der Anstrengung hat sich eindeutig auf die Vorbereitung der machtmässigen Auseinandersetzung verlagert.

Für den *Kleinstaat* gibt es nur das eine: *Stark sein!* Die Sammlung und Steigerung dieser Kraft aber ist die Aufgabe der totalen Landesverteidigung. Der Schlag gegen unsere Existenz kann *militärisch* erfolgen. Wahrscheinlich

wird man zuvor versuchen, uns *wirtschaftlich* in die Enge zu treiben und gefügig zu machen. Sicher wird der militärische und wirtschaftliche Angriff vorbereitet und begleitet sein durch den Angriff auf die Geister und Nerven. Die Kraft zum Widerstand aber bleibt auch im Zeitalter des technischen Krieges zuerst und vor allem eine Frage der *geistig-sittlichen Verfassung des Volkes* — des ganzen Volkes, nicht nur der Armee.

Dieser *Nervenkrieg*, der die Zermürbung und Unterminierung der Unabhängigkeit der Völker erstrebt, lastet seit Jahren auf unserem Kontinent; hinter allem Wechsel der Methoden steht eine unerbittlich zähe Folgerichtigkeit im Zielstreben.

Die eigentliche Gefahr für Westeuropa ist dabei längst nicht mehr jene Propaganda, die von grossartigen Erfolgen der neuen Wirtschaftssysteme und Staatsformen in anderen Staaten zu berichten weiss. Zwar muss man immer wieder erkennen, wie gross die Bereitschaft zur Illusion und zum Wunderglauben — trotz allem! — auch heute noch ist. Aber viel gefährlicher ist im heutigen Westeuropa eine andere Methode: die *Zersetzung* der westeuropäischen Ideale, die *Verwirrung* der Begriffe und die Verbreitung des *Fatalismus*.

Der Westen hat zwar seine Grundwerte und Grundnormen zum Teil selbst verraten und preisgegeben. Aber dieser Prozess der Zersetzung ist von aussen systematisch gefördert worden. Der Bolschewismus hat diese Ideale bald als Ideale einer dekadenten «bourgeoisen» Welt diskreditiert, bald die Sowjetunion zu ihrem alleinigen Träger machen wollen. Die *Entleerung* und *Verkehrung* der *Begriffe* ist mit grossem Erfolg betrieben worden. «Freiheit», «Demokratie», «Föderalismus», «Rechtsstaat», die grossen politischen Ideale des Westens, sind zu zweifelhaften Schlagwörtern erniedrigt worden.

Die systematische Verwirrung der Geister wird begleitet von einer nicht minder *systematischen Untergrabung des Willens*. Der Weg dazu ist die Verbreitung einer *fatalistischen Stimmung*: «Es nützt ja doch nichts!» Weite Kreise unseres zerschlagenen Kontinentes sind von diesem Geist der Resignation und Abdankung erfasst. Geschickt wissen die Propagandisten des neuen Imperialismus — im Schutz unserer rechtsstaatlichen Freiheit! — diese gefährliche Stimmung zu fördern; sie sagen uns, dass der Westen hoffnungslos im Niedergang sei und dass die Zukunft dem Kommunismus gehöre. Die unheimliche Machtentfaltung der Sowjetunion gibt dieser Entwicklung in den Augen vieler den Charakter des Unausweichlichen. Und wo der Ablauf nicht gemäss den Prognosen vor sich geht, wird künstlich nachgeholfen: durch ferngesteuerte Aktionen, durch Streik und Staatsstreich, durch Terror und Nervenkrieg, durch Revolution und Kriegsdrohung. Unser Kontinent — das wird täglich klarer — darf keine Ruhe finden; man will seine Erholung und seinen Wiederaufbau nicht.

Dieses *Gift des Fatalismus* ist namentlich auch für die *Kleinstaaten* bestimmt. Weit wirkungsvoller als durch jene, die wissen, was sie wollen — die 5. und die 6. Kolonne! —, wird es durch jene verbreitet, die nicht wissen, was sie wollen; vor allem durch die desorientierten Intellektuellen. Wo der Glaube an die Freiheit und an den Sinn des Kleinstaates nicht mehr lebendig ist, da

steht man wie gebannt vor dem Machtungeheuer, da muss der Widerstand von vornherein sinnlos erscheinen.

Wo dieser Geist des Zweifels und der Resignation um sich greift, ist es um die Selbständigkeit eines Staates im heutigen Europa geschehen. Die Immunität gegenüber dem Gift des Fatalismus ist eine Grundbedingung jedes Widerstandes.

Auch unser Kleinstaat steht in diesem europäischen Hochspannungsfeld. Wir halten nach wie vor fest an unserer Neutralitätspolitik. Aber wir stehen unentrinnbar in der europäischen Schicksalsgemeinschaft: Im *geistigen Kampf* kann es *keine Neutralität* geben; es geht hier letztlich — täuschen wir uns nicht! — um das Herz des Abendlandes: um die Möglichkeit des Menschseins in Freiheit und Verantwortung. Der Respekt vor unserer politischen Neutralität aber wird gerade so gross sein wie der Respekt vor unserem Widerstandspotential; nicht die Achtung vor dem Völkerrecht, sondern allein das teuflisch kühle Abwägen des Machtinteresses wird auch für die Aktionen gegen den neutralen Kleinstaat massgebend sein: Ist die Besetzung ein Spaziergang mit einigen Hindernissen oder aber ein Krieg gegen ein Volk, das alles einsetzt für seine Freiheit und Selbständigkeit? Diese *geistig-sittliche Verfassung des Volkes* ist die Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen und militärischen Widerstand.

Die Kraft zum Widerstand aber ist wesentlich bedingt durch drei Momente: Erstens durch *die Klarheit des Zieles*. Um im vernebelten Europa klaren Kurs zu halten, muss ein Volk einen festen Kompass haben. Es muss nicht nur wissen, was es nicht will, sondern zuerst und vor allem, was es will. Die *Anti-Politik* scheint zwar im Europa des 20. Jahrhunderts Schule zu machen; es ist so leicht, den Geist der Verneinung zu mobilisieren. Die *Anti-Politik*, die Europa an den Rand des Abgrundes gebracht hat, kann und darf nicht die Politik unsers Kleinstaates sein. Wir brauchen eine *Pro-Politik*, den Appell an die aufbauwilligen Geister.

Der Richtpunkt für diese Politik aber ist die *schweizerische Staatsidee*. Sie hat von ihrer Gültigkeit nichts eingebüsst. Wir brauchen sie in keiner Weise anzupassen, sondern lediglich ihren tieferen Sinngehalt neu zu verdeutlichen und sie besser, allseitiger zu verwirklichen. Das grosse Vermächtnis unserer Staatsidee bleibt dauernde Aufgabe.

Die radikale Bedrohung durch das «Dritte Reich» hat einer *Neubesinnung auf Wesen und Sinn unseres Staates* gerufen. Die Jubiläumsjahre 1941 und 1948 haben die historische Besinnung stark gefördert und da und dort bestimmt auch neue staatsbürgerliche Verantwortung geweckt. Sind aber die einzigartigen Möglichkeiten dieser Gedenkfeiern voll ausgenützt und die Gefahren genügend vermieden worden? Es ist müssig, hier eine Bilanz zu versuchen. *Die Aufgabe bleibt*. Entscheidend ist nicht das, was in der gehobenen Stimmung des Feiertages gesagt, sondern was im harten Alltag getan wird. Wiederum ist heute unsere Staatsidee und unsere Existenz bedroht: Im Hinblick auf diese Lage müssen wir — unter neuer Anstrengung und in treuer Arbeit im Alltag — versuchen, unsere Staatsidee als das grosse *grundlegende Programm* unserer Staats-

politik zu verdeutlichen. Nicht alle Bürger können Sachverständige des Staatsrechtes sein, aber jeder Bürger muss über den Massstab der Staatsidee verfügen. Erkenntnis allein wirkt zwar noch nicht Haltung — das Versagen vieler Intellektueller ist ein erschütterndes Kapitel der europäischen Tragödie! —; aber trotzdem bleibt es umgekehrt wahr, dass *Haltung ohne geistige Klarheit auch nicht möglich* ist. Es geht nicht um ein oberflächliches Wissen des Vielerlei, wohl aber um die Klarheit über die Grundbegriffe und die unabdingbaren Institutionen einer freien föderalistisch-demokratischen Rechtsgemeinschaft — um ein gefestigtes elementares Wissen, das allen Angriffen und Verwirrungsversuchen standhält und das die Nebel der Illusionen und des Schlagwortes zerteilt.

Die Klarheit über die *Position* gibt die Kraft zur notwendigen *Negation*; nur das Nein auf der festen Grundlage eines klaren Ja wird in jeder Situation bestimmt und eindeutig bleiben.

Unsere Staatsidee ist ein Bekenntnis zur *Idee der persönlichen Freiheit*: Die Würde und Freiheit der menschlichen Person, die freie Initiative und Verantwortung des einzelnen muss das Ziel unserer Politik sein. Nur auf dieser Grundlage ist freie Gemeinschaft überhaupt möglich. Das Nein von hier aus ist das radikale Nein zum Kollektivismus in jeder Form, der den Menschen nur noch als Partikel des Ganzen behandelt.

Unsere Staatsidee ist ein Bekenntnis zur *Idee der Demokratie*: Das Gemeinwohl soll im Wege des Gemeinwillens verwirklicht werden; es ist die hohe Würde des Aktivbürgers, dass er als Mitverantwortlicher und Mitentscheidender in der Gemeinschaft steht. Wir verteidigen diese Gemeinschaft freier Bürger gegen jede Form des Autoritarismus, die den Menschen zum blossen Untertanen und Gefolgsmann erniedrigt.

Unsere Staatsidee ist ein Bekenntnis zur *Idee des Föderalismus*: Das Ganze soll sich aus den engern Gemeinschaften aufbauen, denen das Eigenleben und Eigenrecht erhalten bleibt. Der Föderalismus ist nur die unserem vielgestaltigen Lande gemässe — allein gemässe! — Verfassungsform; es ist auch das entscheidende Gegenprinzip zu den machtvollen Tendenzen der Vermassung, Nivellierung und Gleichschaltung, welche die abendländische Staatenwelt bedrohen.

Unsere Staatsidee ist ein Bekenntnis zur *Idee der sozialen Gerechtigkeit*: Die demokratische Gemeinschaft muss dafür sorgen, dass ihre Freiheit zu einer Wirklichkeit für alle ihre Glieder werden darf; Demokratie bedeutet soziale Verantwortung, Solidarität und Opferbereitschaft. Dieser Forderung, die sich zuerst an den einzelnen, dann an die engeren Gemeinschaften und erst zuletzt — für Aufgaben, die über die Kraft der engeren Gemeinschaften hinausgehen — an den Staat richtet, bedeutet die Ablehnung jenes verhängnisvollen Staatsaberglaubens, der alles von der Verstaatlichung des Menschen erwartet.

Unsere Staatsidee ist ein Bekenntnis zur *Idee des Rechtsstaates*: Die Verwaltung des Staates soll nach Verfassung und Gesetz erfolgen; Volk und Regierung sollen unter dem Recht stehen. Alle Macht ist bloss geliehene Macht.